



Geschäftsführung Integrationsrat

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195
Fax : (0221) 221-6523195
E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 30.11.2012

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Integrationsrates vom 26.11.2012

öffentlich

5.3 Geplante Kürzung der Finanzmittel im Bereich Integration AN/1840/2012

IRM Herr Özkücü erläutert seinen Antrag. Er verweist angesichts der vorgesehenen Einsparmaßnahmen darauf, dass diese gravierende Auswirkungen auf die Integrationsarbeit in Köln haben würden, und dass daher zusätzlich zu dem unter TOP 5.1 verabschiedeten Antrag an die Verwaltung, gleichfalls ein Antrag an den Rat der Stadt Köln gerichtet werden solle.

Die politischen Vertreter im Rat sollen aufgefordert werden von den geplanten Kürzungen abzusehen, da ansonsten z.B. insbesondere auch die jahrelangen Bemühungen um das 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' völlig umsonst gewesen seien.

RM Herr Jung hält es für geboten diesen Antrag direkt in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

RM Herr Helling erklärt, dass es zu diesem Antrag noch keine Beschlussfassung in seiner Fraktion gebe, allerdings die beiden Fachpolitiker der Grünen zum jetzigen Zeitpunkt ein deutliches Signal für notwendig erachten und die Vorlage unterstützen.

RM Frau Mucuk erklärt gleichfalls, dass es zu diesem Antrag noch keine Beschlussfassung in ihrer Fraktion gebe, allerdings die drei Fachpolitiker der SPD zum jetzigen Zeitpunkt ein deutliches Signal für notwendig erachten und die Vorlage unterstützen.

RM Frau Laufenberg beschreibt ihre gleichzeitige Verantwortung als Stadträtin für den Gesamthaushalt und als migrationspolitische Fachpolitikerin für das Thema Integration. Sie erklärt, sich zu enthalten.

IRM Herr Özküçük plädiert gegen einen Verweis des Antrages in die Haushaltsplanberatungen und hält eine Debatte im Rat über das Thema dringend für erforderlich.

RM Herr Jung rät zu einer Verschiebung der Entscheidung, bis die Fraktionen der SPD und Grünen abschließend beraten haben.

RM Herr Helling plädiert dafür, die 22 gewählten Mitglieder heute zu unterstützen und als Fachpolitiker im Integrationsrat ein deutliches Zeichen mit der Unterstützung des Antrages zu geben und damit die Ernsthaftigkeit einer Gefährdung der Kölner Integrationspolitik deutlich zu machen.

Der Vorsitzende Herr Kelttek lässt über den Vorschlag von Herrn Jung, den Antrag in die Haushaltsplanberatungen zu geben, abstimmen.

Der Vorschlag wird mehrheitlich mit drei befürwortenden Stimmen und fünf Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss:

„Der Integrationsrat Köln fordert den Rat der Stadt Köln angesichts der vorgesehenen Kürzungen in der Verwaltungsvorlage für die Haushaltsjahre 2013-2014 auf nicht zuzulassen, dass die in langen Jahren entstandenen Strukturen in der Verwaltung der Stadt Köln zur Förderung und Lenkung der Integration - etwa durch Schließung des Interkulturellen Referates und Einsparung der dort verwalteten Finanzmittel für wichtige Projekte der Integration und Antidiskriminierungsarbeit - zerschlagen werden.

In Anbetracht der immer größer werdenden Wichtigkeit der Querschnittsaufgabe Integration und Inklusion in der Kölner Stadtgesellschaft (33% aller Kölner/-innen haben einen Migrationshintergrund, d.h. Köln steht bezogen auf den prozentualen Anteil von Migrant/-innen in Deutschland an 7. Stelle) und den langjährigen Bemühungen von vielen Kölner/-innen bei der Erarbeitung des 'Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' fordert der Integrationsrat ebenfalls die Fördermittel für diesen Bereich nicht zu kürzen.“

Begründung:

In der Verwaltungsvorlage ist die Schließung des Interkulturellen Referates (bis auf 2 halbe Stellen) und eine Kürzung der Fördermittel für die Interkulturellen Zentren sowie der Wegfall weiterer Finanzmittel für Projekte der Integration und Antidiskriminierungsarbeit vorgesehen.

Die Stadt Köln hat erst kürzlich ein umfangreiches Konzept zur Integration der Stadtbevölkerung beschlossen, was noch gar nicht zum Tragen kam, weil das Maßnahmenprogramm noch nicht erstellt wurde.

Gleichzeitig hat das Land NRW mit breiter politischer Zustimmung ein Integrationsgesetz verabschiedet, das den Stellenwert dieser sozialen Aufgabe unterstreicht. Einschnitte in die Bereiche der Integrationsarbeit in welcher Form immer, wären kontraproduktiv und würden keine Sparung, sondern viel mehr Kosten verursachen.

Aus diesem Grunde sollte die Stadt Köln von jeglichen Mittel und Planstellenkürzungen absehen, sondern darüber hinaus diese Mittel ausbauen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit vier Gegenstimmen und einer Enthaltung.